Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

18. Oktober 2021

Äthiopien

Äthiopische Armee startet Bodenoffensive gegen Tigray-Truppen

Westliche Diplomaten bestätigten Berichte der Tigray Peoples Liberation Front (TPLF) von einer militärischen Offensive im Norden des Regionalstaates Amhara (vgl. BN v. 11.10.21). Nach dem Einsatz von Kampfflugzeugen, Artillerie und Drohnen, komme es aktuell zu einer großangelegten Bodenoffensive der äthiopischen Armee und den mit ihr verbündeten amharischen Milizen. Auch im Regionalstaat Afar wurden Truppenbewegungen gemeldet. Die Streitkräfte hätten, so die TPLF weiter, den Ende Juni 2021 verkündeten Waffenstillstand (vgl. BN v. 19.07.21) genutzt, um aufzurüsten und Tausende neue Soldaten und Soldatinnen zu rekrutieren. Aufgrund einer von der Regierung verhängten strikten Kommunikationssperre sind nur wenige Details zu den Kämpfen bekannt. Die UN befürchten, dass sich die humanitäre Krise in der Region durch die Kämpfe weiter verschärfen werde.

Afghanistan

Regierungsbildung

Am 14.10.21 hätten sich nach Medienberichten mehrere Außenminister aus islamischen Ländern zum Besuch bei der Taliban-Regierung angemeldet, um u.a. über die Inklusion von Frauen im Bildungssystem zu sprechen. Am selben Tag war der Außenminister der Taliban Muttaqi zu Gesprächen in die Türkei gereist. Der türkische Außenminister erklärte ihm gegenüber, man wolle sich für die Aufhebung der Sanktionen stark machen, aber die Taliban müssten auch verstehen, dass es ebenso der Wunsch muslimischer Länder sei, dass die Taliban Frauen stärker integrieren.

Am 16.10.21 habe nach zwei Monaten eine von 25 Ausgabestellen für nationale elektronische Personalausweise wiedereröffnet. Es würden 80.000 Ausweise in der kommenden Woche ausgegeben. Am 13.10.21 wurde berichtet, die nationale Ausgabestelle in Kabul habe seit der Wiedereröffnung am 04.10.21 30.000 Pässe an afghanische Staatsbürger für Auslandsreisen herausgegeben. Derzeit könnten 4.000 Pässe pro Woche ausgegeben werden, dies solle auf 6.000 pro Woche gesteigert werden. Bei Gesprächen zwischen Vertretern der Taliban und Gesandten der USA und EU am 13.10.21 warnten die Taliban, wenn der Westen die Sanktionen nicht aufhebe, würde es eine Flüchtlingswelle von Afghanen und Afghaninnen in westliche Länder geben. Am 13.10.21 wurde berichtet, dass die Taliban eine Kommission eingesetzt hätten, welche nicht-integere Kämpfer aus den eigenen Reihen ausschließen soll (z.B. solche, die sich schlecht gegenüber der Bevölkerung verhalten oder im Namen der Taliban Überfälle begehen).

Gewalt gegen Zivilisten / Kampfhandlungen mit ISKP

Bei einem Bombenanschlag am 15.10.21 in einer schiitischen Moschee in der Stadt Kandahar seien ca. 50 Menschen getötet und 90 weitere verletzt worden. Der Islamische Staat der Khorasan Provinz (ISKP) bekannte sich zu der Tat. Bei einem Bombenanschlag am 14.10.21 in der Stadt Asadabad (Provinz Kunar) sei ein Polizeichef der Taliban

getötet und elf weitere Personen verletzt worden. Niemand bekannte sich zu der Tat, bisherige Anschläge in der Region wurden von ISKP verübt. Der russische Präsident Putin hat am 14.10.21 gewarnt, dass sich vermehrt Kämpfer aus dem IS-Umfeld aus Syrien und dem Irak nach Afghanistan begeben und sich dort neu formieren könnten. Es solle ca. 2.000 IS-Kämpfer in Nordafghanistan geben. Die Taliban widersprachen dem. Am 17.10.21 erklärten die Taliban, der ISKP habe keinen Zufluchtsort in Afghanistan und man wolle schiitische Moscheen zukünftig besser bewachen. Am 13.10.21 wurde berichtet, dass der Anschlag auf eine schiitische Moschee in Kunduz durch einen Uighuren der ISKP am 08.10.21 auch den Taliban und deren Zusammenarbeit mit China gegolten habe. Da diese die Unterdrückung der muslimischen Uighuren in China unterstützen würden.

Frauenrechte / Musiker

Am 12.10.21 erklärte der UN-Generalsekretär Guterres, dass die Taliban ihr Versprechen, die afghanischen Frauen stärker als noch 1996 zu integrieren, gebrochen hätten. Am 07.10.21 wurde gemeldet, dass am Sonntag den 03.10.21 ca. 100 Musiker des Afghanistan National Institute for Music mit Hilfe katarischer Diplomaten Afghanistan per Flugzeug verlassen konnten. Darunter auch viele Mitglieder des Frauen-Orchesters Zohra.

Humanitäre Lage

Am 15.10.21 wurde gemeldet, dass ca. 50 LKWs mit Arzneimitteln durch den Zoll an der Einreise nach Afghanistan gehindert würden. Da Afghanistan den Großteil seiner Medikamente importiert, würden dadurch die schon geringen Reserven im Land weiter schrumpfen. Am selben Tag wurde gemeldet, dass in Camps von Binnenflüchtlingen in Kabul zehn Kinder an Unterkühlung, Mangelernährung oder ausbleibender medizinischer Versorgung gestorben seien. Auf dem G20-Gipfel in Rom wurde am 13.10.21 beschlossen, einen wirtschaftlichen Kollaps in Afghanistan abzuwenden. Deutschland erklärte sich bereit 600 Mio. EUR für humanitäre Hilfe zur Verfügung zu stellen, die EU eine Mrd. EUR für Afghanistan und die Nachbarländer, die afghanische Flüchtlinge beherbergen. Dies sei aber in keiner Weise als Anerkennung der Taliban-Regierung zu werten. Die VR China erklärte sich am 14.10.21 bereit, humanitäre Hilfe im Umfang von 30 Mio. USD zur Verfügung zu stellen. Das World Food Programme (WFP) erklärte am 13.10.21, dass es humanitäre Hilfe für fünf Mio. Menschen in Nordafghanistan bereitstelle, da dort aktuell 60 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben würden. Dies gelte auch für die Menschen in der Provinz Bamian. Am selben Tag seien auch iranische Hilfslieferungen in der Stadt Kunduz für die Opfer des Bombenanschlages in einer schiitischen Moschee am 08.10.21 angekommen. Am 13.10.21 wurde berichtet, dass das Zentralkrankenhaus in der Stadt Herat dringend Unterstützung benötige. Patienten würden aus den umliegenden Provinzen anreisen, da dort das Gesundheitssystem bereits zum Erliegen gekommen sei. Zudem müssten die Patienten in Herat die Medikamente für ihre Behandlung im Krankenhaus selber kaufen. Laut Meldung vom 12.10.21 hätten sich die Preise für Nahrung und Benzin seit Mitte August 2021 verdoppelt.

Angola

Verfassungsgericht annulliert UNITA-Parteivorsitz

Nur wenige Tage nach der Bildung der Oppositionskoalition Frente Patriótica Unida (FPU; vgl. BN v. 11.10.21) veröffentlichte einem Medienbericht zufolge das Verfassungsgericht ein Urteil, welches die Präsidentschaftskandidatur von Adalberto Costa Júnior für die FPU bei den 2022 anstehenden Wahlen in Frage stellt. Nach dem Urteil ist der Vorsitzende der größten Oppositionspartei, União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA), unter Verstoß des Parteiengesetzes und des eigenen Statuts von UNITA auf seinen Posten gewählt worden. Die Wahl zum UNITA-Vorsitzenden fand bereits Ende 2019 statt. Geklagt haben sollen zehn UNITA-Angehörige. Den Vorsitz des Verfassungsgerichts hat seit August 2021 mit Laurinda Cardoso eine ehemalige Staatssekretärin und Mitglied der Regierungspartei Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA) inne.

Bangladesch

Ausschreitungen nach Blasphemievorwürfen

Am 13.10.21 kam es im Distrikt Cumilla zu gewalttätigen Ausschreitungen, nachdem zuvor in sozialen Medien Bilder kursierten, auf denen ein Koran auf den Knien einer Statue des hinduistischen Gottes Hanuman zu sehen

war. Aus Empörung hierüber kam es in Cumilla und angrenzenden Distrikten zu Demonstrationen mit mehreren Hundert Teilnehmenden. Rund zehn hinduistische Schreine und Tempel sollen von der aufgebrachten Menge angegriffen und zerstört, sowie Statuen hinduistischer Gottheiten zertrümmert worden sein. Nach dem Eingreifen der Sicherheitskräfte sollen Berichten zufolge vier Muslime unter noch unklaren Umständen getötet und Dutzende Personen verletzt worden sein. Am 15. und 16.10.21 kam es in der Hauptstadt Dhaka sowie der südlichen Stadt Begumganj zu weiteren gewalttätigen Ausschreitungen. In Dhaka setzten die Sicherheitskräfte Tränengas und Wasserwerfer ein. Berichten zufolge versammelten sich muslimische und hinduistische Gläubige zu separaten Protesten mit teils mehreren Tausend Teilnehmenden. Über 80 hinduistische Schreine, die für das hinduistische Fest Durga Puja vorbereitet waren, sollen angegriffen worden sein. Berichten zufolge kamen zwei bis drei weitere Personen bei den Ausschreitungen ums Leben und in einem Bericht wird von 150 verletzten Hindus gesprochen.

Bangladesch / Myanmar

Unterstützung des UNHCR für Flüchtlinge auf Bashan Char

Am 09.10.21 unterzeichneten die Regierung Bangladeschs und die UN eine Vereinbarung zur Unterstützung der Rohingya auf der Insel Bashan Char. Angaben des UNHCR zufolge umfasse dies eine Unterstützung in den Bereichen Schutz, Bildung, Qualifizierung, Lebensunterhalt und Gesundheit. Die Regierung Bangladeschs kündigte an, in den kommenden Monaten rund 81.000 Flüchtlinge von den stark überbelegten Flüchtlingslagern in der Region Cox's Bazar auf die Insel im Golf von Bengalen umsiedeln zu wollen. Verschiedenen Angaben zufolge wurden seit Dezember 2020 bislang rund 19.000 Menschen nach Bashan Char gebracht. Die Pläne sind jedoch wegen der Abgelegenheit der Insel sowie deren Anfälligkeit für Stürme und Überschwemmungen umstritten. Regelmäßig gibt es Berichte von Menschen, die nach Cox's Bazar zurückkehren wollen oder beim Versuch die Insel zu verlassen von Sicherheitskräften aufgegriffen werden.

Burkina Faso

Tote bei Anschlag

Zwei Sicherheitskräfte starben am 11.10.21 in Farakorosso (Region Cascades), als ihr Fahrzeug auf eine Mine fuhr. Angriffe mit derartigen selbst gebauten Sprengsätzen haben seit 2018 stark zugenommen. Durch sie starben nach einer Zählung der Nachrichtenagentur Agence France-Presse (AFP) seit 2018 fast 300 Sicherheitskräfte und Zivilisten.

Côte d'Ivoire

UN-Flüchtlingskommissar empfiehlt Beendigung des Flüchtlingsstatus von ivorischen Geflüchteten

Einer UN-Meldung vom 07.10.21 zufolge hat UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi angesichts von grundsätzlichen und dauerhaften Veränderungen in Côte d'Ivoire empfohlen, den Flüchtlingsstatus von ivorischen Geflüchteten mit Wirkung zum 30.06.22 aufzuheben. Derzeit gebe es weltweit ungefähr 91.000 ivorische Geflüchtete und Asylsuchende, davon 51.000 alleine in Westafrika. Seit 2011 seien mehr als 278.000 ivorische Geflüchtete freiwillig in ihr Herkunftsland zurückgekehrt. Die Empfehlung der Beendigung des Flüchtlingsstatus von ivorischen Geflüchteten ist Teil einer umfangreichen Lösungsstrategie für die Situation ivorischer Geflüchteter, die im September 2021 in Abidjan von Côte d'Ivoire, UNHCR, Ghana, Liberia, Mali, Mauretanien, Togo und anderen Akteuren verabschiedet wurde. Neben der Ermöglichung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration sind auch Niederlassungserlaubnisse und Einbürgerungen in den derzeitigen Aufenthaltsländern von dem Strategiepapier vorgesehene Optionen. Grandi lobte die regionalen Anstrengungen, die zu Repatriierungen von ivorischen Staatsangehörigen aus Liberia geführt hätten. So seien seit Ende August 5.000 Personen mit ihren Familien wiedervereinigt worden.

Zwischen 2002 und 2007 sowie in den Jahren 2011 und 2012 waren Hunderttausende vor den Bürgerkriegen in Côte d'Ivoire geflohen.

DR Kongo

Ausnahmezustandsprovinzen: Zivilpersonen unterstehen weiterhin Militärjustiz
Aus der Presseberichterstattung vom Oktober 2021 geht hervor, dass zumindest in der unter Belagerungszustand stehenden Provinz Nord-Kivu wiederholt Zivilpersonen vor Militärgerichte gestellt wurden. Dies obwohl die Justizministerin Rose Mutombo Anfang September 2021 erklärt hatte, dass sie der Wiedereinsetzung der zivilen Strafgerichtsbarkeit in den Ausnahmezustandsregionen Nord-Kivu und Ituri zugestimmt habe (vgl. BN v. 06.10.21). Mit Inkraftsetzung des Belagerungszustandes Anfang Mai 2021 war die zivile Strafgerichtsbarkeit zunächst vollständig durch die Militärgerichtsbarkeit ersetzt worden (vgl. BN v. 17.05.21). Berichten zufolge habe dies zu einem überlasteten und überforderten Justizsystem mit ausgeprägten Verfahrensrückständen und Gefängnisüberbelegungen geführt (vgl. BN v. 12.07.21). Nach formellen Anklageerhebungen durch die Militärstaatsanwaltschaft müssen sich etwa der wegen „Anstiftung zur Bewaffnung gegen die Staatsgewalt und Demoralisierung der Streit- und Polizeikräfte“ angeklagte Sänger Idengo Delcato und zwei vor drei Monaten festgenommene und seither inhaftierte Aktivisten der zivilgesellschaftlichen Bürgerbewegung Lutte pour le Changement (Lucha) als Angeklagte in einem Strafverfahren vor einem Militärgericht in Nord-Kivu verantworten. Laut weiteren Medienberichten richtet sich zumindest eines der insgesamt 44 vor einem Militärgericht in Goma (Nord-Kivu) geführten Strafverfahren wegen Vergewaltigung von Kindern gegen eine Zivilperson.

Ituri: Neue Welle der Binnenvertreibung
Unter Berufung auf das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) berichtete das UN-Informationsradio Okapi am 14.10.21, dass im Gefolge der vom 23.09. bis 01.10.21 erfolgten Angriffe der radikalislamischen Gruppe Forces démocratiques alliées (ADF) auf die Ortschaft Komanda und die umliegenden Dörfer im Gebiet Irumu der Provinz Ituri (vgl. BN v. 04.10.21 u. 27.09.21) mehr als 100.000 Menschen intern vertrieben wurden. Mindestens 95 % der 60.000 zählenden Einwohner von Komanda und der Umgebung sowie 40.000 der dort im Jahr 2020 Zufluchtsuchenden seien auf der Flucht. Laut OCHA mangele es den Geflohenen an ihren Zufluchtsorten an Lebensmittel-, Wasser- und Gesundheitsversorgung sowie Unterkünften. Radio Okapi berichtete zudem, unter Bezugnahme auf lokale Quellen, dass 70 % der Dörfer im Irumu-Gebiet schwer zugänglich seien, was die Bereitstellung humanitärer Hilfe erschwert. Wegen der Sicherheitslage hätten mehrere NGOs in und um Komanda ihre Aktivitäten eingestellt. Laut Presseberichterstattung der letzten Wochen führten verschiedene Angriffe von diversen bewaffneten Gruppen in der Provinz Ituri zu weiteren Fällen von Binnenvertreibung. Alleine die Zusammenstöße zwischen den kongolesischen Streitkräften und der Miliz Coopérative de développement du Congo (CODECO) im Groupement Peti, Sektor Walendu Djatsi des Gebietes Djugi am 17.10.21 hätten mehr als 5.000 Menschen intern vertrieben. Einem Bewohner zufolge seien mehrere Dörfer nahezu entvölkert.

Gambia

Stand der Rechtstaatlichkeit, Menschenrechtslage
Gambia verschlechterte sich im Rechtsstaatlichkeitsindex 2021 der NGO World Justice Project um acht Plätze und nahm weltweit Platz 89 unter 139 untersuchten Staaten ein. Im regionalen Vergleich rangiert Gambia auf Platz zehn von 33 untersuchten subsaharischen Ländern. Bei den Schlüsselfaktoren, etwa Beschränkung der Regierungsmacht, Korruption, Vollzug der Rechtsvorschriften, Zivil - und Strafjustiz sowie Grundrechten, sind im ganz überwiegenden Teil nur leichte Rückschritte gegenüber dem Vorjahr zu beobachten. Die Bewertungen der Schlüsselfaktoren basieren methodisch auf Bürgerbefragungen und Experteninterviews.
Was den zusammengesetzten Indikator der Sicherstellung und Wahrnehmung von (acht ausgewählten) Grundrechten anbelangt, so betreffen Rückschritte u.a. Teilfaktoren wie die Einhaltung des Gleichheitsgrundsatzes und von Diskriminierungsverboten sowie die Garantie des Rechts auf Leben und Sicherheit, des Rechts auf ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren und die Wahrung der Angeklagtenrechte. Die Werte dieser Teilfaktoren liegen deutlich unter dem weltweiten sowie auch unterhalb des regionalen Durchschnitts. Im Bereich der Gewährleistung des Rechts auf Glaubens-, Religions-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind marginale Rückschritte gegenüber dem Vorjahr zu beobachten. Die Werte liegen jedoch weiterhin über dem weltweiten Durchschnitt. Hinsichtlich der Lage der Meinungsäußerungsfreiheit ergeben sich keine Veränderungen gegenüber

dem Vorjahr. Die Werte dieses Teilfaktors liegen weiterhin oberhalb des weltweiten Durchschnitts. Im Bereich des Schutzes der Privatsphäre vor willkürlichen Eingriffen sind Rückschritte zu beobachten.

Georgien

Zehntausende demonstrieren für Freilassung des Ex-Präsidenten Saakaschwili

In der Hauptstadt Tiflis gingen am 14.10.21 zehntausende Menschen für die Freilassung des inhaftierten Ex-Präsidenten Michail Saakaschwili auf die Straße. Auf den Transparenten standen Aufschriften wie „Freiheit für Saakaschwili" und „Nein zur politischen Verfolgung". Die Kundgebung verlief friedlich und ohne Zwischenfälle. Der 53-jährige frühere Präsident, war am 01.10.21 aus seinem ukrainischen Exil nach Georgien zurückgekehrt und festgenommen worden. Inzwischen soll er sich im Gefängnis im Hungerstreik befinden. Saakaschwili war 2018 in Abwesenheit wegen Amtsmissbrauchs zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden, was dieser als politisch motiviert zurückweist. Saakaschwili betonte, er sei nach Georgien zurückgekehrt, um die Opposition zu unterstützen und „die Demokratie wiederherzustellen". Demgegenüber erklärte Ministerpräsident Irakli Garibaschwili, dass es das einzige Ziel von Saakaschwili sei, „Destabilisierung und Aufruhr im Land zu schüren".

Guinea

Pressefreiheit unter Druck

Entgegen ursprünglicher Ankündigungen bestehen unter der Übergangsregierung nach dem Putsch vom 05.09.21 faktische Einschränkungen der Pressefreiheit. Den „nationalen Konsultationen", der Vereidigung von Mamady Doumbouya als Interimspräsident und der von Mohamed Béavogui als Premierminister (vgl. BN v. 20.09.21 u. 11.10.21) konnte jeweils nur der staatliche Rundfunk RTG beiwohnen; private Medien waren ausgeschlossen. Am 09.10.21 wurde der Sitz der Gruppe Djoma Média, welche dem ehemaligen Präsidenten Alpha Condé nahestehen soll, durch Soldaten durchsucht. Ein Durchsuchungsbefehl soll nicht vorgelegen haben. Urtelgui, ein Verband privater Rundfunkanstalten, sowie die Gewerkschaft Syndicat des Professionnels de la Presse de Guinée (SPPG) riefen die Übergangsregierung zur Achtung der Pressefreiheit auf.

Haiti

Entführung von Missionarinnen und Missionaren sowie Angehörigen

Am 17.10.21 wurden östlich der Hauptstadt Port-Au-Prince 17 Mitglieder der Missionsorganisation Christian Aid Ministries entführt. Dabei handelt es sich um sieben Frauen, fünf Männer sowie fünf Kinder aus den USA sowie Kanada. Laut Polizeiinspektor Frantz Champagne habe vermutlich eine Verbrecherorganisation mit dem Namen „400 Mawozo" die Gruppe in ihre Gewalt gebracht. Die Bande habe bereits im April 2021 fünf Priester, zwei Nonnen und drei Verwandte entführt, die später freigelassen wurden. Aufgrund der volatilen Sicherheitslage nehmen Bandenkriminalität und Entführungen weiterhin zu. Zwischen Januar und September 2021 wurden bereits mehr als 600 Entführungsfälle registriert, während im selben Zeitraum des Vorjahres nur 231 Fälle verzeichnet wurden. Die kriminellen Gruppen fordern hohe Lösegeldsummen, oft über eine Million USD und missbrauchen laut Menschenrechtsorganisationen ihre weiblichen Entführungsopfer sexuell.

Indien

COVID-19-Pandemie: Überblick, Impfquote und sozioökonomische Folgen

Seit Mai 2021 ist die Zahl der gemeldeten Corona-Neuinfektionen kontinuierlich gesunken. Indien hat sein vorläufiges Impfziel mit knapp einer Mrd. verabreichten Dosen erreicht. Bislang hätten über 70 % der impfberechtigten Erwachsenen mindestens eine Impfdosis erhalten, etwa 30 % der Impfberechtigten seien vollständig geimpft. Ab 15.11.21 soll Indien für den internationalen Tourismus wieder geöffnet werden.

Die im Jahr 2020 wegen der Pandemie erfolgten Schließungen haben die Lebensgrundlage vor allem der durch das Kastensystem marginalisierten Gesellschaftsgruppen und besonders derjenigen von Frauen verschlechtert. Frauen

seien unverhältnismäßig stark von Arbeitsplatzverlust betroffen gewesen. Laut einer Studie der Azim Premji Universität hätten rd. 100 Mio. Menschen während des landesweiten Lockdowns von April bis Mai 2020 ihren Arbeitsplatz verloren. Die meisten hatten allerdings im Juni 2020 ihre Arbeit wiederaufgenommen, während 15 Mio. bis Ende 2020 dauerhaft ohne Arbeit blieben. Von den erwerbstätigen Männern behielten 61 % ihre Beschäftigung, während 7 % ihren Arbeitsplatz dauerhaft verloren haben. Hingegen behielten nur 19 % der erwerbstätigen Frauen ihre Beschäftigung, wobei 47 % ihren Arbeitsplatz dauerhaft verloren haben. Fast die Hälfte der formell Angestellten wechselte in selbstständige (30 %) oder informelle Beschäftigungsverhältnisse (19 %). Die Auswirkungen der Arbeitsmarktlage habe besonders negative Folgen für die Ernährungssituation von Frauen aus den niedrigsten Kasten (Dalits) und für stammesangehörige Frauen (Adivasis).

Kaschmir: Kampfhandlungen und Militäroperationen

Am 11.10.21 wurden bei einem Gefecht mit Rebellen im von Indien kontrollierten Teil Kaschmirs fünf Soldaten getötet. Nach Militärangaben waren sie in einen Hinterhalt geraten und beschossen worden. Der Vorfall ereignete sich während einer von indischen Streitkräften eingeleiteten Operation als Reaktion auf gezielte Tötungen u.a. in der Stadt Srinagar in der vergangenen Woche (vgl. BN v. 11.10.21). Bei zwei sich anschließenden Militäroperationen wurden am 11./12.10.21 fünf Rebellen getötet. Nach Angaben von Anwohnern hätten die Soldaten bei einem der Einsätze, der drei Todesopfer gefordert hat, ein von Zivilisten bewohntes Haus gesprengt. Dies sei eine übliche Taktik der indischen Truppen in der Region. Seit 1989 sind bei Kampfhandlungen im mehrheitlich von Muslimen bewohnten Gebiet Zehntausende Zivilisten, Aufständische und Sicherheitskräfte getötet worden.

Irak

Wahlen

Am 10.10.21 fanden die Wahlen zum Repräsentantenrat, dem nationalen Parlament, statt. Nachdem am 17.10.21 ein vorläufiges Ergebnis verkündet wurde, geht die Partei des schiitischen Predigers Muqtada as-Sadr mit 72 Sitzen (zuvor: 54) als Sieger hervor, kann aber in dem 329 Sitze großen Parlament nur eine relative Mehrheit für sich verbuchen. Die anderen Parteien der schiitischen Bevölkerungsmehrheit, die die letzten 20 Jahre dominiert haben, sind stark geschrumpft. Die kurdische Oppositionspartei Gorran, die sich zeitweilig an der Regierung beteiligen konnte, hat fast alle ihre Wähler verloren und ist nun im irakischen Parlament gar nicht mehr vertreten. Die Fatah-Allianz, die als politischer Arm der Volksmobilisierungseinheiten, also der großen, schiitisch dominierten Milizen gilt, verlor deutlich und kam direkt auf 17 Sitze. Mit Hilfe von unabhängigen Kandidaten, die von der Fatah-Allianz unterstützt werden, kommt sie insgesamt auf etwa 30 Sitze (zuvor: 48). Insgesamt gab es die bisher niedrigste Wahlbeteiligung von rund 41 %.

Iran

Verhaftungen von Zivilaktivistinnen

Die bekannte Zivilaktivistin Sepideh Qolyan wurde laut Medienberichten in der Nacht vom 11.10. auf den 12.10.21 verhaftet. Im Rahmen der Aktion drangen 30 Beamtinnen der staatlichen Ordnungskräfte in die Wohnung der jungen Frau in der südiranischen Stadt Ahvaz ein und verbrachten sie anschließend an einen unbekannten Ort. Qolyan verbüßt momentan eine fünfjährige Haftstrafe und befand sich zum Zeitpunkt ihrer Festnahme in Hafturlaub. Die Aktivistin wurde erstmals im November 2018 im Zuge der Arbeiterproteste in der Zuckerfirma Neyshekar-e Haft Tappeh festgenommen und anschließend gegen Kaution freigelassen. Sie wurde später zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, die sie im Juni 2020 im Evin Gefängnis antrat. Am 10.03.21 erfolgte eine Zwangsverlegung in das Gefängnis von Bushehr im Süden des Landes. Im September 2021 nutzte sie einen Hafturlaub wegen einer COVID-19-Infektion, um in einer Twitter-Serie über die Zustände in diesem Gefängnis zu berichten. Ihre Berichte über Folter und sexuelle Ausbeutung weiblicher Gefangener wurden mehrfach von iranischen Auslandsmedien aufgegriffen. Am 20.09.21 wurde ein neues Strafverfahren gegen Qolyan auf den Weg gebracht. Die Anklage lautet Verbreitung von Lügen im Internet und Propagandaaktivitäten gegen das System.

Weitere Proteste von Lehrkräften
Medienberichten vom 14.10.21 zufolge kam es in über 30 Städten zu weiteren Protesten von Lehr- und Erziehungskräften mit der Forderung nach höheren Gehältern und einem neuen Besoldungssystem. Darüber hinaus forderten sie u.a. in der Hauptstadt Teheran sowie in Bandar Abbas (Provinz Hormozgan) die Freilassung inhaftierter Kollegen, die im Zuge vorausgegangener Protestkundgebungen von angestellten und pensionierten Lehrenden festgenommen worden waren (vgl. BN v. 04.10.21). Der in diesem Zusammenhang inhaftierte Sprecher des Lehrerverbandes der Provinz Gilan wurde laut Presseberichten vom 11.10.21 mittlerweile vorübergehend auf Kaution freigelassen.

Geburten durch minderjährige Mütter als Folge von Kinderehe
Medienberichten zufolge wurden laut der nationalen Registrierungsbehörde im Zeitraum von März bis Oktober 2021 etwa 791 Kinder von minderjährigen Müttern (Alter: 10 bis 14 Jahre) geboren. Die Provinz Sistan und Baluchestan weist mit 248 Geburten die höchste Anzahl auf. Darunter liegen die Provinzen Khuzestan mit 92, Khorasan Razavi (65), Golestan (46), Kerman (45) und Ost-Aserbaidschan mit 35 Geburten. Menschenrechtsorganisationen erachten dies als unmittelbare Folge der Kinderheirat. Laut Angaben der Statistikbehörde von August 2021 seien Eheschließungen von Mädchen im Alter zwischen 10 bis 14 Jahren im Jahr 2020 um 10,5 % im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (vgl. BN v. 30.08.21). Nach dem iranischen Zivilgesetzbuch können Mädchen ab einem Alter von 13 Jahren offiziell heiraten. Faktisch ist dies aber auch für Mädchen jüngeren Alters durch die Zustimmung des männlichen Vormundes und eines Richters möglich.

Jemen

Hunderte Tote bei Kämpfen in Marib
Am 11.10.21 hat die Anti-Houthi-Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens damit begonnen, ihre Luftschläge gegen die Houthi-Rebellen zu intensivieren. Dabei kamen seitdem laut Koalition mindestens 700 Houthi-Kämpfer ums Leben. Mit den Luftschlägen reagiert die Koalition auf das Vorrücken der Houthis auf die Stadt Marib, der letzten Stadt im nördlichen Jemen unter Regierungskontrolle. Im Durchschnitt hat die Koalition eigenen Angaben zufolge zwischen 19 und 42 Luftschläge pro Tag in der Region um Marib ausgeführt. Den Houthis wird außerdem vorgeworfen, aus taktischen Gründen den Bezirk al-Abdiya südlich der Stadt Marib zu belagern und faktisch abgeschnitten zu haben; Binnenflüchtlinge und medizinische Transporte können den Bezirk nicht verlassen, Hilfsgüter den Bezirk nicht erreichen.

Saudi-Arabien fängt Houthi-Drohne ab
Am 12.10.21 hat die Anti-Houthi-Koalition unter der Führung Saudi-Arabiens eine mit Sprengstoff beladene Drohne der Houthi-Rebellen abgefangen, die gegen die saudische Stadt Khamis Mushait gerichtet war. Am 13.10.21 hat die Koalition zwei mit Sprengstoff beladene Boote vor der Küste Hodeidas zerstört, die laut Koalition für Angriffe der Houthis im Roten Meer vorgesehen waren. Keiner der beiden Vorfälle führte zu Personenschäden.

Kosovo

Verletzte bei Zusammenstößen
Laut Medienberichten vom 13.10.21 ist es im Rahmen einer landesweiten Operation zur Bekämpfung von Schmuggel zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und kosovoserbischen Zivilisten gekommen. Die Vorkommnisse ereigneten sich im serbisch geprägten Nordteil der Stadt Mitrovica, wo Polizisten geschmuggelte Waren suchten. Mehrere Personengruppen blockierten Straßen mit LKWs und bewarfen die Einsatzkräfte mit Molotowcocktails, Sprengkörpern und Steinen. Die Polizei setzte Tränengas und Blendgranaten ein, zudem eröffnete sie das Feuer auf einen Zivilisten und verwundete ihn. Zehn Beamte wurden verletzt. Die Ordnungskräfte verhafteten acht Personen.

Verhaftungen wegen geplanter Terroranschläge
Pressemeldungen zufolge hat die Polizei am 10.10.21 fünf Mitglieder einer islamistischen Gruppierung verhaftet. Die Staatsanwaltschaft wirft den Männern die Planung von Terroranschlägen in Kosovo sowie Verstöße gegen das

Waffenrecht vor. Bei Hausdurchsuchungen in den Regionen Peja und Prizren sind Sprengsätze, Sturmgewehre, eine Panzerabwehrwaffe, Munition, Drohnen sowie Bargeld sichergestellt worden. Das Grundgericht in Pristina hat eine 30-tägige Untersuchungshaft angeordnet. Einer der Beschuldigten war 2015 als Anhänger des IS aus Deutschland ausgewiesen worden.

Kuba

Regierung untersagt geplante Demonstrationen

Die Regierung lehnte am 12.10.21 einen Antrag auf geplante landesweite Demonstrationen, zu denen von der Gruppe Archipélago für den 15.11.21 aufgerufen wurden, ab. Während die Behörden die Proteste für verfassungswidrig und destabilisierend erklärten, fordert die Koalition junger Kubaner, Künstler und Aktivisten unter der Leitung Yunior García bürgerliche Freiheiten, einschließlich des Rechts auf friedlichen Protest sowie eine Amnestie für inhaftierte Regierungsgegner. Laut des Bürgermeisters von Havanna, Alexis Acosta, verstoßen die angekündigten Proteste gegen Art. 56 der Verfassung, demnach sind Proteste zulässig, aber „die Achtung der öffentlichen Ordnung und die Einhaltung der Vorschriften“ müsse gewahrt werden. Bereits am 11.07.21 war es zu landesweiten Protesten gekommen (vgl. BN v. 19.07.21), als in mehreren Städten Kubas Tausende Menschen für Freiheit und gegen Unterdrückung sowie Mangelwirtschaft auf die Straße gingen.

Libanon

Gefechte in Tayouneh

Am 14.10.21 kam es in Beirut im Tayouneh-Viertel zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der Hisbollah und der Amal-Bewegung auf der einen Seite und bisher unbekannten Kräften sowie der Armee auf der anderen Seite. Der genaue Ablauf ist teilweise umstritten. Ursprünglich demonstrierten mindestens einige hundert Anhänger und Milizionäre von Hisbollah und Amal für die Absetzung des Richters, der mit der Untersuchung der Explosion im Hafen von Beirut vom 04.08.20 befasst ist. Diesem werfen sie Parteilichkeit gegen die Hisbollah vor. Zum damaligen Zeitpunkt war der entsprechende Teil des Hafens und der zuständigen Behörden weitgehend in der Hand der Hisbollah.

Im Laufe der Proteste wurde das Feuer eröffnet. Es bleibt zurzeit völlig unklar, wer zuerst geschossen hat. Die Proteste fanden an einem christlichen Viertel der Stadt statt, angeblich haben maskierte Bewaffnete von den Dächern geschossen. Es kam zu Schusswechseln. Die Armee versuchte die Parteien zu trennen, dabei kam es auch zu Schusswechseln zwischen der Armee und Hisbollah. Jeweils drei Milizionäre von Amal und Hisbollah starben, ebenso eine unbeteiligte Zivilistin. Amal und Hisbollah beschuldigen in sozialen Medien und Nachrichtenkanälen die christliche Partei der Libanesischen Kräfte, hinter den maskierten Angreifern zu stehen. Diese weist den Vorwurf zurück. Die bewaffneten Auseinandersetzungen sind die schwersten im Libanon seit 2008. Sowohl lokale als auch internationale Beobachtende befürchten in Anbetracht der desolaten Lage des Landes und der fehlenden Übernahme der politischen Verantwortung für die Explosion im Hafen von Beirut eine Eskalation.

Montenegro

Pride-Parade in Podgorica fordert weitere Stärkung der LGBTIQ-Rechte

Anlässlich der neunten Pride-Parade am 16.10.21 in Podgorica forderten LGBTIQ-Aktivisten eine weitere Verbesserung der Rechte der LGBTIQ-Gemeinschaft und die vollständige Umsetzung des Gesetzes über gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Laut aktuellem Medienbericht ziele die Forderung auf die noch ausstehende vollständige Harmonisierung des Rechtssystems mit dem 2020 verabschiedeten Gesetz, mit dem Montenegro als erster Nicht-EU-Balkanstaat die Eintragung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften legalisiert hatte. Die von der NGO Qeer Montenegro organisierte Pride-Parade habe im Rahmen der COVID-19-Sicherheitsmaßnahmen stattgefunden. Mehrere hochrangige Regierungsvertreter, darunter der stellvertretende Premierminister Dritan Abazovic, Außenminister Dordje Radulovic und der Minister für Finanzen und Soziales Milojko Spajic, hätten ebenso wie Vertreter politischer Parteien und weiterer NGOs an der Veranstaltung teilgenommen. Trotz der jüngsten positiven Äußerungen von offizieller Seite bleibe Homosexualität in dem nach wie vor sozial konservativen

Land ein heikles Thema, da aus früheren Umfragen hervorgehe, dass 71 % der Bürger Homosexualität als Krankheit oder Gefahr betrachten würden.

Myanmar

UN besorgt über Vorgehen des Militärs, Zusammenstöße in Mandalay, Sagaing, Yangon und Kayah

Am 08.10.21 äußerten sich die UN in einer Pressemeldung besorgt über Berichte der vergangenen Wochen, wonach das myanmarische Militär (Tatmadaw) in großem Umfang Truppen und schwere Waffen in den Townships Kanpetlet und Hakha (Bundesstaat Chin), Kani und Monywa (Region Sagaing) sowie in der Township Gangwa (Region Magway) eingesetzt haben soll. Im September 2021 sei in diesen Gebieten eine Zunahme der Angriffe, einschließlich Tötungen, verzeichnet worden. Es habe vermehrt Razzien in Dörfern gegeben, bei denen Häuser in Brand gesetzt wurden. Es wird vermutet, dass hierdurch Widerstandskräfte enttarnt sowie Dorfgemeinschaften bestraft werden sollten, die mit lokalen People's Defence Forces (PDF) oder ethnischen bewaffneten Armeen sympathisieren. Zudem wird von Massenverhaftungen, Folter sowie von Hinrichtungen im Schnellverfahren berichtet und es sei zu Artillerieschlägen und Luftangriffen auf Dörfer gekommen.

Einem Bericht vom 15.10.21 zufolge sollen Tatmadaw-Truppen am 13. und 14.10.21 mehrere Häuser und eine Kirche in zwei Dörfern im Bundesstaat Chin in Brand gesetzt haben.

Einem Bericht zufolge wurden zwischen dem 13.10. und 15.10.21 bei gewalttätigen Zusammenstößen, Angriffen und durch Landminen rund 50 Soldaten der Tatmadaw in den Regionen Mandalay, Sagaing und Yangon sowie dem Bundesstaat Kayah von zivilen Widerstandgruppen und lokalen PDFs getötet.

Nicaragua

Haftbedingungen politischer Gefangener

Lokalen und internationalen Medienberichten zufolge hat sich der Zustand einiger politischer Gefangener signifikant verschlechtert, darunter der seit mehr als 100 Tagen inhaftierte Studentenführer Lesther Alemán sowie der ehemalige Direktor der Tageszeitung La Prensa, Juan Lorenzo Holmann Chamorro. Angehörigen wurde in der Woche vom 11.10.21 zum zweiten Mal der Besuch ihrer Verwandten erlaubt. Sie berichteten anschließend von besonders harten Haftbedingungen einschließlich mangelnder medizinischer Behandlung bei Vorerkrankungen, 24-Stunden-Beleuchtung oder von Unterbringung in komplett abgeriegelten Zellen in ständiger Dunkelheit oder völliger Isolation, Gespräche seien verboten. Befragungen finden in langen Sitzungen zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Präsenz von Anwälten statt. Ein Großteil der 37 seit Mai 2021 inhaftierten politischen Gefangenen, darunter der ehemalige Präsidentschaftskandidat Félix Maradiaga, habe gravierend an Gewicht verloren. Zudem war es politischen Gefangenen, wie Max Jerez und José Adán Aguerri, weder möglich, sich bei Tod naher Angehöriger von diesen zu verabschieden noch ihrem Begräbnis beizuwohnen.

Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit

Der Direktor von Reporter ohne Grenzen (RSF) für Lateinamerika berichtete am 16.10.21 während eines Besuchs in Costa Rica, dass die Organisation einen „Cocktail der Zensur" vonseiten der nicaraguanischen Regierung gegen die verbliebenden freien Medien des Landes beobachte. Dies begründete er neben der Abschaltung unabhängiger Fernseh- und Radiostationen mit der Schließung von Printmedien sowie zahlreichen Anfeindungen gegen Medienschaffende. Insgesamt verzeichnete RSF zwischen 2020 und 2021 mehr als 35 verschiedene Arten der Schikane gegen Journalistinnen und Journalisten, darunter mindestens 157 Fälle der Einschüchterung, 115 Fälle der Verhinderung journalistischer Tätigkeiten sowie die Kriminalisierung von 83 Medienschaffenden. Staatspräsident Ortega steht seit 2021 auf der RSF-Liste der „Verfolger der Pressefreiheit". Mehr als 40 Journalistinnen und Journalisten waren in den letzten Monaten ins Exil gegangen.

Niger

Zehn Personen bei Angriff auf Moschee getötet
Medienangaben zufolge haben am 11.10.21 bei einem Angriff auf eine Moschee in der südwestlichen Region Tillabéri mutmaßliche Dschihadisten zehn Personen getötet. Die Angreifenden kamen auf Motorrädern und schossen auf die Gläubigen, die sich in der Moschee in der Gemeinde Banibangou beim Abendgebet befanden. Am 13.10.21 hätten die Behörden daraufhin das Verbot von Motorrädern in einigen Gegenden der Region Tillabéri erneuert, um Angriffe von Dschihadisten auf Motorrädern zu verhindern. Das seit längerem bestehende Verbot war zwischenzeitlich am 01.09.21 aufgehoben. In diesem Jahr ist es in der an den Grenzen zu Mali und Burkina Faso liegenden Region Tillabéri immer wieder zu Angriffen von bewaffneten Gruppierungen mit zahlreichen Todesopfern gekommen (vgl. BN v. 23.08.21). Die unsichere Lage und die wiederkehrenden Angriffe auf die Landwirtschaft betreibende Bevölkerung und Zivilisten hätten die sowieso schon angespannte Nahrungsmittelsituation weiter verschärt. Die UN hat vor einer erheblichen Nahrungskrise in Tillabéri gewarnt, welche 600.000 Personen betreffen könnte.

Nigeria

ISWAP-Anführer Barnawi tot
Militärvertreter haben laut Medienberichten am 14.10.21 den Tod von Abu Musab al-Barnawi bekannt gegeben. Barnawi war der Anführer der islamistischen Terrorgruppe Islamic State West Africa Province (ISWAP) und mutmaßlich ältester Sohn des Boko-Haram-Gründers Mohammed Yusuf. Angaben zu den Umständen seines Todes waren zunächst nicht zu erhalten. ISWAP bleibe eine Gefahr für den Frieden und die Stabilität in Westafrika. Die Gruppierung soll nach dem Tod des langjährigen Anführers der Boko-Haram-Fraktion Jama'atu Ahlis Sunna Lidda'Awati Wal-Jihad (JAS), Abubakar Shekau, im Mai 2021 zur stärksten dschihadistischen Gruppe in Nigeria erstarkt sein (vgl. BN v. 23.08.21).

Angriff auf Polizeistation im Bundesstaat Enugu
Am 09.10.21 haben Bewaffnete eine Polizeistation in der im südlichen Bundesstaat Enugu gelegenen Ortschaft Umulokpa angegriffen. Aus der offiziellen Erklärung eines Polizeisprechers geht außerdem hervor, dass im Zuge des Überfalls eine Polizeibeamtin entführt wurde. Die Identität der Angreifer konnte bisher nicht geklärt werden. Laut Medienberichten sind keine Todesopfer zu beklagen, jedoch sei die Waffenkammer der Polizeistation geplündert worden. 2021 kam es im Süden Nigerias bereits zu einer Reihe von Angriffen auf Polizisten, andere Sicherheitskräfte sowie Sicherheitseinrichtungen, wie Polizeistationen und Gefängnisse (vgl. BN v. 27.09.21).

Studenten aus Priesterseminar entführt
Unbekannte auf Motorrädern haben laut Medienberichten am 11.10.21 ein katholisches Seminar in Kagoma im nordwestlichen Bundesstaat Kaduna angegriffen, mindestens drei Studenten entführt und einige weitere verletzt. Nach einer Zunahme von Massenentführungen im Umfeld von Bildungseinrichtungen ab Dezember 2020 war zuletzt eine größere Anzahl von Entführungsopfern wieder freigekommen (vgl. BN v. 27.08.21).

Nordmazedonien

Facebook-Seite verletzt Menschenwürde von Roma-Frauen
Laut einem aktuellen Medienbericht gehe die Polizei Vorwürfen von Menschenrechtsaktivisten nach, im Internet seien in einer seit zwei Monaten aktiven Facebook-Gruppe private Fotos und Videos von – oftmals noch minderjährigen – Roma-Mädchen und -Frauen gepostet worden, mit dem Ziel, sie bloßzustellen. Die Polizei arbeite daran, die verantwortlichen Personen zu fassen und die Online-Inhalte entfernen zu lassen. Fälle von Missbrauch im Internet hätten laut polizeilichen Erkenntnissen in den letzten zwei Jahren mit Beginn der weltweiten COVID-19-Pandemie, zugenommen. Die in der hauptsächlich von Roma bewohnten Gemeinde Shuto Orizari in Skopje tätige Menschenrechtsgruppe Suto Orizari Women's Initiative habe erklärt, die Posts enthielten private Fotos und Videos von Roma-Frauen aus Nordmazedonien und dem Ausland und hätten gleichzeitig eine Lawine von belästigenden Kommentaren und Hassreden von Einzelpersonen sowie Aufrufe zu einem öffentlichen Lynchmord

ausgelöst. Das Innenministerium habe inzwischen eine Kampagne mit dem Titel „Say no“ gestartet, um das Bewusstsein für den Schutz der Privatsphäre und gegen sexuellen Missbrauch im Internet zu schärfen.

Pakistan

Attentat auf Journalisten in Belutschistan

Am 11.10.21 wurde ein Journalist während einer Autofahrt in der Provinz Belutschistan getötet, nachdem ein im Fahrzeug angebrachter Sprengsatz explodierte. Der Reporter eines in Karachi ansässigen Urdu-sprachigen Fernsehsenders erlag seinen schweren Verletzungen. Zum Attentat bekannte sich die separatistische Balochistan Liberation Army (BLA). Zuvor war im Juli 2021 ein weiterer Journalist in Belutschistan getötet worden. Die International Federation of Journalists (IFJ) bemängelt den unzureichenden staatlichen Schutz für Medienschaffende in Pakistan. Laut deren South Asia Freedom Press Report seien 2020 und 2021 bisher insgesamt neun pakistanische Journalisten bei Anschlägen getötet worden.

Palästinensische Autonomiegebiete

Westjordanland: Zunahme an Auseinandersetzungen während Erntezeit

Meldungen des israelischen Militärs vom 14.10.21 zufolge eröffnete das Militär das Feuer auf zwei verdächtige Personen, die Brandbomben auf vorbeifahrende Autos warfen auf einer der Hauptverkehrsstraßen im Westjordanland nahe der Ortschaft Beit Jala, südlich von Jerusalem. Einer der Verdächtigen erlag seinen Verletzungen, der Zweite wurde durch das Militär in Gewahrsam genommen.

Außerdem sei am 14.10.21 ein israelischer Grenzpolizist bei einem vermeintlichen Angriff mit einem Auto auf den Grenzübergang Qalqilya verwundet worden. Bei einem separaten Vorfall attackierten jüdische Siedlerinnen und Siedler israelisches Militärpersonal mit Pfefferspray. Die Sicherheitskräfte wollten Vorwürfen illegalen Fällens von Olivenbäumen durch die Siedlerinnen und Siedler nachgehen.

Medienberichten zufolge wurde am 15.10.21 eine Gruppe palästinensischer Landwirte von einer Gruppe von Bewohnerinnen und Bewohnern einer nahegelegenen Siedlung auf ihrem Olivenhain angegriffen. Vier Personen wurden leicht verletzt. Das israelische Militär berichtete, dass vier Siedlerinnen und Siedler im Kontext des Vorfalls festgenommen worden seien.

Nahe der Stadt Hebron wurde Medienberichten zufolge ein minderjähriger Siedler von palästinensischen Bewohnerinnen und Bewohnern der Gegend angegriffen, während er seine Schafe hütete.

Kurz darauf kam es in der palästinensischen Ortschaft Yasuf zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Siedlerinnen und Siedlern und palästinensischen Einwohnerinnen und Einwohnern. Berichten palästinensischer Medien zufolge seien die palästinensischen Einwohnerinnen und Einwohner auf Ernte in ihrem Olivenhain gewesen, als sie angegriffen wurden. Angaben des israelischen Militärs zufolge seien die Erntenden ohne vorherige Absprache zu nahe an eine durch Israel nicht autorisierte Siedlung herangegangen. Während der Olivenernte gibt es immer wieder Spannungen zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern der Siedlungen sowie der palästinensischen Ortschaften.

Gazastreifen und Westjordanland: Verurteilungen nach Vorwürfen der Zusammenarbeit mit Israel

Medienangaben vom 17.10.21 zufolge verurteilte die Hamas zwei Personen für die Kollaboration mit Israel zum Tode, während sie zwei weitere zu harter Arbeit verurteilten. Wann die Urteile vollstreckt werden sollen war nicht bekannt.

Im Westjordanland verurteilte ein Gericht in Betlehem einen Mann zu 15 Jahren Gefängnis, weil er versucht haben soll Land an jüdische Israelis zu verkaufen. Laut den Gesetzen der Palästinensischen Autonomiebehörde kann der Verkauf von Land an Jüdinnen und Juden ein Kapitalverbrechen darstellen.

Ostjerusalem: Vergleichsangebot für Einwohnerinnen und Einwohner Sheikh Jarrahs

Medienberichten vom 12.10.21 zufolge hat der israelische Oberste Gerichtshof vier Familien die Beantwortung eines Vergleichsangebots bis zum 02.11.21 zur Räumung ihrer Häuser im Ostjerusalemer Sheikh Jarrah auferlegt. Die Räumungsklage war einer der auslösenden Faktoren für den militärischen Konflikt im Gazastreifen von Mai 2021 (vgl. BN v. 10.05.21). Dieser Vergleich würde es den palästinensischen Bewohnerinnen und Bewohnern

ermöglichen die nächsten 15 Jahre als geschützte Mietende in den Häusern wohnen zu bleiben, während die Häuser als Eigentum der Organisation Nahalat Shimon anerkannt würden. Die Bewohnerinnen und Bewohner, die bis dahin als de facto Eigentümerinnen und Eigentümer in ihren Häusern gelebt haben, müssten jährliche Mieten an die Organisation zahlen.

Ruanda

Erneutes Vorgehen gegen Meinungsäußerungen in sozialen Medien
Nach der Verurteilung der Betreiberin eines Youtube-Kanals am 30.09.21 (vgl. BN v. 04.10.21) wurden am 14.10.21 erneut sechs Personen aufgrund des Vorwurfs der Verbreitung von Gerüchten gegen die Regierung verhaftet. Betroffen sind u.a. der Betreiber eines erfolgreichen Youtube-Kanals mit über 16 Mio. Zuschauern, sowie drei Mitglieder einer oppositionellen Partei. Der Betreiber des Youtube-Kanals rief dazu auf, Menschenrechtsverletzungen der Regierung anzuprangern. Die Sicherheitsbehörde Rwanda Investigation Bureau (RIB) äußerte Medien gegenüber, dass die verhafteten Personen eine organisierte Gruppe gewesen seien und die Absicht gehabt hätten, Gerüchte zu verbreiten um so einen Aufstand oder Unruhen in der Bevölkerung herbeizuführen. Dazu seien verschiedene soziale Medien genutzt worden.

Senegal

Zusammenstöße
Am 11.10.21 kam es in Ziguinchor in der Region Casamance im Süden des Landes zu Zusammenstößen zwischen Unterstützern von Ousmane Sonko, dem Vorsitzenden der Oppositionspartei Pastef, und Doudou Ka von der Alliance for the Republic (APR), der Partei von Präsident Macky Sall anläßlich einer Veranstaltung im Vorfeld der Parlamentswahlen im Juli 2022. In beiden Lagern wurden mehrere Verletzte registriert.

Somalia

Anschläge
Am 12.10.21 wurden offiziellen Angaben zufolge mindestens drei Zivilpersonen getötet und mehrere verletzt, als sich ein Selbstmordattentäter in einem belebten Restaurant im Bezirk Yaqshid in Mogadischu in die Luft sprengte. Bei einem weiteren Vorfall am selben Tag wurden ein Geheimdienstoffizier und zwei Leibwächter getötet, nachdem ihr Fahrzeug im Bezirk Daynile in Mogadischu von einer Landmine getroffen worden war. Al-Shabaab bekannte sich zu diesem Anschlag und erklärte, ihre Kämpfer hätten Sicherheitsbeamte in einen Hinterhalt gelockt und mehr als zwölf Soldaten getötet.

Sri Lanka

NGO-Bericht zu Folter
Die Organisation International Truth an Justice Project (ITJP), die sich eigenen Angaben zufolge den Schutz und die Förderung von Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht in Sri Lanka zum Ziel gesetzt hat, veröffentlichte im September 2021 einen Bericht zu Folter in Gewahrsam von Sicherheitskräften in dem Inselstaat. Neben Angaben zum Ausmaß von Folter in Sri Lanka in vergangenen Jahren und Jahrzehnten umfasst der Bericht die Aussagen von 14 nach Großbritannien geflüchteten Tamilen und einer Tamilin. Diese seien zwischen 2019 und 2021 von Sicherheitskräften im Land in Gewahrsam genommen, dort gefoltert worden und insbesondere die Männer teilweise massiver sexueller Gewalt durch diese ausgesetzt gewesen. Das nach wie vor herrschende Klima der Straflosigkeit in dem über viele Jahrzehnte von politischer und ethnischer Gewalt geprägtem Inselstaat ermögliche es Angehörigen von Sicherheitskräften nahezu ohne Konsequenzen, Menschen ohne Anklage zu inhaftieren und zu foltern, so der Bericht.
In den vergangenen Jahren lagen immer wieder Berichte über Folter in Sri Lanka vor. In einem Bericht von Januar 2021 führt das United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights (UN Human Rights) aus, dass

ihm auch weiterhin von bekannten Menschenrechtsorganisationen glaubwürdige Vorwürfe über Folter, Entführungen und sexuelle Gewalt durch srilankische Sicherheitskräfte zugetragen werden.

Sudan

Erneute Demonstrationen

Nach den Protesten Ende September 2021, bei denen eine ausschließlich zivile Übergangsregierung gefordert wurde (vgl. BN v. 04.10.21) kam es im Verlauf der vergangenen Woche zu erneuten Demonstrationen in der Hauptstadt Khartum. Am 14.10.21 demonstrierten Rechtsanwälte und -anwältinnen gegen die militärischen Mitglieder der Übergangsregierung und des Sicherheitsrats. Sie forderten eine Übergabe an eine rein zivile Regierung, sowie eine Reform der juristischen und militärischen Strukturen.

Am 16.10.21 protestierten Medienberichten zufolge tausende Menschen in Khartum gegen die bestehende zivilmilitärische Übergangsregierung und forderten deren Auflösung. Eine zentrale Forderung der Demonstrierenden war die Übernahme einer rein militärischen Regierung durch eine von General Abdel Fattah al-Burhan – Befehlshaber der Armee und Vorsitzender des zivilmilitärischen Sicherheitsrats – angeführte Aktion. Organisiert wurde die Demonstration von mehreren politischen Parteien, darunter Teile des Parteienbündnisses Forces for Freedom and Change (FFC). Im Verlauf der Demonstration kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstrierenden und Befürwortende einer zivilen Regierung. Für den 21.10.21 haben Befürwortende einer rein zivilen Regierung Demonstrationen angekündigt.

Erneute Gewalt in South Kordofan und Darfur

Am 12.10.21 wurde ein Bewohner eines Camps für Binnenflüchtlinge durch Schüsse tödlich verwundet, ein weiterer verletzt. Die Angreifenden stahlen das Mobiltelefon des Opfers und flohen direkt wieder aus dem Camp. Obwohl der Vorfall der Polizei gemeldet wurde, wurde diese nicht aktiv, da keine Fahrzeuge zur Verfügung gestanden hätten. Bewohnerinnen und Bewohner des Camps hätten daher selbst versucht, die Angreifenden zu finden. Am 16.10.21 wurde in South Kordofan ein Landwirt im Dorf Teiba, in der Nähe der Stadt Abu Jubeiha erschossen. Berichten der Menschenrechtsorganisation Human Rights and Development Organisation (HUDO) zufolge, hätten bewaffnete Personen in Uniformen der Popular Defence Force (PDF) und Rapid Support Forces (RSF) den Mann erschossen und elf seiner Kühe gestohlen. Auch dieser Vorfall sei erfolglos an die Polizei gemeldet worden. Um den Vorwurf der Tatenlosigkeit zu untermauern verwies HUDO im gleichen Bericht auf einen tödlichen Überfall vom 02.10.21, bei dem ebenfalls ein Landwirt erschossen worden sei. Auch hier sei der Fall an die Polizei herangetragen, von dieser aber nicht weiterverfolgt worden.

Syrien

Durchbruch bei UN-Vermittlungsversuchen

Geir Pedersen, Sonderbeauftragter für Syrien, teilte am 17.10.21 mit, dass sich das von der UN initiierte Verfassungskomitee darauf geeinigt habe, eine neue Verfassung für Syrien zu entwerfen.

Das Komitee war im Januar 2018 ins Leben gerufen worden und besteht aus Vertretern der Regierung, der Zivilgesellschaft und der syrischen Opposition. Nach Ausbruch des Syrienkonflikts im Jahr 2011 verabschiedeten die Vereinten Nationen 2012 eine Resolution, die den Entwurf einer neuen Verfassung und Wahlen für Syrien unter Beobachtung der UN vorsehen. Diese Wahlen sollen alle, also auch ins Ausland geflohene Syrerinnen und Syrer miteinbeziehen.

Der aktuelle Durchbruch bei den Verhandlungen gelang erst nachdem Präsident Assad im Mai 2021 Wahlen durchführen ließ, die ihn im Amt für die nächsten sieben Jahre bestätigten. Im Januar 2021 waren die UN-Vermittlungsversuche noch gescheitert.

Anschläge im türkisch besetzten Norden, Türkei droht mit neuer Militäroffensive

Im türkisch besetzten Norden des Landes wurde am 11.10.21 eine Autobombe gezündet. Der Anschlag ereignete sich auf einem Marktplatz und, Angaben der oppositionsnahen Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge, unweit der Stellung einer islamistischen Gruppierung. Erst am Vortag kamen zwei türkische Polizisten im syrischen Azaz ums Leben, als sie in ihrem gepanzerten Fahrzeug von einer Rakete erfasst wurden, die vermeintlich

aus Tel Rifaat abgefeuert wurde, einem Gebiet unter Kontrolle der kurdisch geführten Demokratischen Kräfte Syriens (SDF). In einer Pressekonferenz nach einem Kabinettstreffen erklärte der türkische Staatspräsident Erdoğan, diese und weitere Angriffe in der jüngsten Vergangenheit hätten zur Eskalation beigetragen. Am 15.10.21 berichteten zwei türkische Regierungsvertreter gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, dass eine neue Militäroffensive in Syrien in Planung sei.

Togo

Erscheinen einer Zeitung ausgesetzt
Nach einer Entscheidung der Hohen Behörde für audiovisuelle Medien und Kommunikation (HAAC) darf die Wochenzeitung The Guardian ab dem 12.10.21 vier Monate lang nicht erscheinen. Der Herausgeber der Zeitung, Ambroise Kpondzo, war nach offizieller Darstellung zwei Vorladungen der HAAC nicht gefolgt. Er hätte zu in der Zeitung veröffentlichten Artikeln Stellung nehmen sollen, in denen laut HAAC falsche Informationen über die Einführung eines COVID-19-Impfpasses verbreitet wurden.

Türkei

Gerichtsverfahren gegen 18 Medienschaffende
Vom 11.10.21-15.10.21 wurden gegen 18 Journalisten und Journalistinnen, von denen der Großteil für kurdische Medien arbeitet, Gerichtsverfahren durchgeführt. Den Angeklagten wird vorgeworfen Propaganda zu verbreiten oder einer terroristischen Organisation anzugehören. Einige werden zudem beschuldigt, gegen das Gesetz 2911 über Versammlungen und Demonstrationen verstoßen zu haben. Das türkische Innenministerium hatte im April 2021 verfügt, dass Medienschaffende für die Berichterstattung über Proteste eine Genehmigung benötigen.

Verhaftung von mutmaßlichen Gülen-Anhängern
Am 15.10.21 erließ die Generalstaatsanwaltschaft Ankara wegen mutmaßlicher Tätigkeiten für die Gülen-Bewegung, Haftbefehle gegen 98 Personen innerhalb des Generalkommandos der Gendarmerie. Weitere 46 Personen wurden bei Polizeieinsätzen in 45 Provinzen festgenommen. Die Ermittlungen wurden Medienberichten zufolge durchgeführt um Nutzer von Münztelefonen zu identifizieren, von denen die türkische Staatsanwaltschaft annimmt, dass sie für die geheime Kommunikation von Mitgliedern der Gülen-Bewegung genutzt wurden.
In einer weiteren von der Generalstaatsanwaltschaft Balıkesir eingeleiteten Untersuchung wurden gegen 15 Personen Haftbefehle wegen mutmaßlicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung erlassen. Bei zeitgleich in Balıkesir, Istanbul und Düzce durchgeführten Razzien der Gendarmerie wurden 15 Personen, darunter drei Beamte, festgenommen.

Verhaftung von mutmaßlichen DHKP-C-Mitgliedern
Am 15.10.21 haben türkische Sicherheitskräfte in mehreren Provinzen 54 Personen wegen mutmaßlicher Verbindungen zur linksradikalen Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C). Die Staatsanwaltschaft in Istanbul stellte Haftbefehle gegen 126 Personen aus, die laut Medienberichten Terroranschläge geplant und an Waffen ausgebildet worden sein sollen. Nach weiteren Verdächtigten wird gefahndet.

Tunesien

Angriffe auf die Pressefreiheit
Verschiedene Quellen wie u.a. RSF und die tunesische Journalismusgewerkschaft SNJT berichteten am 15.10.21, dass es nach der Entmachtung des Parlaments sowie des früheren Regierungschefs mehrfach zu Übergriffen auf Journalistinnen und Journalisten durch Polizei und Demonstrierende gekommen sei. Ebenso sei mit der Begründung, dass dem Islamismus zu viel Raum gegeben werde, das Büro des Fernsehsenders Al-Jazeera gestürmt worden.

Neue Regierung vereidigt
Staatspräsident Saied vereidigte am 11.10.21 24 Mitglieder des neuen Kabinetts, darunter acht Frauen. Die meisten der Regierungsmitglieder sind parteipolitisch bislang nicht in Erscheinung getreten.

Venezuela / Curaçao

Verletzung der Menschenrechte venezolanischer Asylsuchender, Non Refoulement Verstöße
Laut eines Berichts von Amnesty International (ai) vom 11.10.21 hat sich die Menschenrechtssituation von venezolanischen Asylsuchenden auf der ehemaligen niederländischen Antilleninsel Curaçao seit 2018 nicht verbessert. Die Organisation dokumentierte 22 Fälle von venezolanischen Staatsangehörigen, darunter auch Minderjährige, die auf Curaçao Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind. Dazu gehören automatische Inhaftierung unter unmenschlichen Bedingungen, Misshandlung, Familientrennung und Verweigerung des Rechts, Asyl zu beantragen. So drängten Beamte der Einwanderungsbehörde die Angekommenen in einigen Fällen, ohne vorherige Übersetzung eine Abschiebungsverfügung auf Holländisch zu unterzeichnen und verstießen gegen das Non Refoulement Verbot.

Venezuela

Tod eines politischen Gefangenen in Haft
Am 12.10.21 ist der ehemalige Verteidigungsminister und politische Gefangene Raúl Isaias Baduel in Haft verstorben. Während Generalstaatsanwalt Saab zufolge die Folgen einer Corona-Erkrankung für seinen Tod verantwortlich seien, sprechen seine Angehörigen, Anwälte und die Opposition von unmenschlicher Behandlung sowie Akten der Folter im Gefängnis, die zu seinem Tod führten.
Nach Austritt aus der Regierungspartei Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) 2009 wurde er im selben Jahr erstmalig wegen vermeintlichen Diebstahls von Geldern der Bolivarischen Streitkräfte sowie Machtmissbrauchs verurteilt. Nach Entlassung unter Auflagen 2015, die im Januar 2017 widerrufen wurde, wurde er im März 2017 zudem des Verrats und der Anstiftung zur Rebellion beschuldigt, wofür er seither im Gefängnis saß.
Angehörige sowie der Generalsekretär der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) forderten eine Exhumierung der Leiche Baduels sowie eine unabhängige Autopsie zur Klärung seiner Todesursache. Die Opposition bezeichnete Baduel als den zehnten in Haft verstorbenen politischen Gefangenen, aktuell beträgt die Zahl politischer Gefangener laut Angaben der NGO Foro Penal noch 259.

Auslieferung Alex Saabs, Suspendierung des Dialogs mit der Opposition, Inhaftierung der sog. Citgo 6
Laut Angaben des US-Justizministerium wurde der kolumbianische Geschäftsmann und Verbündete der Maduro-Regierung, Alex Saab, am 16.10.21 aus Cabo Verde an die USA ausgeliefert. Diese beschuldigen ihn u.a. der Geldwäsche in Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Auftragnehmer der venezolanischen Regierung. Er soll am 18.10.21 in Florida vor Gericht gestellt werden.
In den letzten Wochen hatte die Maduro Regierung bereits vor einer Auslieferung gewarnt und versucht, Alex Saab bei der zweiten Dialogveranstaltung mit der Opposition in ihre Delegation aufzunehmen und erschien aus Protest, als dies verweigert wurde, erst einen Tag später als geplant zu der entsprechenden Dialogrunde in Mexiko-Stadt.
In Folge der Auslieferung gab der Präsident des Parlaments und Repräsentant der Regierungsdelegation, Jorge Rodríguez, am 16.10.21 die Suspendierung des Dialogs mit der Opposition bekannt, der eigentlich am 17.10.21 hätte fortgesetzt werden sollen. Ebenfalls am 16.10.21 wurden sechs Führungskräfte, fünf US-Bürger und ein ständiger US-Aufenthaltsberechtigter, des Unternehmens Citgo (US-Tochter des staatlichen venezolanischen Ölkonzerns PDVSA), die bisher wegen vermeintlicher Korruptionsvergehen unter Hausarrest standen, von den Behörden festgenommen und durch den venezolanischen Geheimdienst (SEBIN) in das El Helicoide Gefängnis verbracht. Medien und Angehörige sehen darin eine Vergeltungsmaßnahme für die Auslieferung. Am 17.10.21 fanden zudem mehrere Proteste in Caracas gegen die Auslieferung Saabs statt.

Vietnam

Verhaftung eines Unterstützers der Provisional National Government of Vietnam
Am 15.10.21 wurde einem Bericht zufolge bei einer koordinierten Polizeiaktion von Lam Dong und Ho Chi Minh Stadt ein Mann wegen der Beteiligung an der verbotenen Exilorganisation Provisional National Government of Vietnam verhaftet. Ihm werden Aktivitäten zum Umsturz der Regierung vorgeworfen. Die in den USA ansässige Organisation ist seit 2018 von der vietnamesischen Regierung als terroristische Organisation eingestuft.

Weißrussland

Zahlreiche Festnahmen wegen Äußerungen über Schusswechsel
Nach einem Schusswechsel am 28.09.21, bei dem ein Geheimdienstbeamter und ein Angestellter einer IT-Firma in einer Minsker Wohnung ums Leben kamen, haben die Behörden zahlreiche Personen festgenommen, die sich zu diesem Ereignis in den sozialen Medien geäußert hatten. Den Behörden zufolge wurden in diesem Zusammenhang bis zum 06.10.21 136 Personen in Arrest gesetzt. Der Menschenrechtsorganisation Wjasna zufolge wurden ca. 120 Personen festgenommen. Präsident Lukaschenko hatte am 01.10.21 die Bestrafung derjenigen Personen angekündigt, die den getöteten Beamten und die Regierung kritisiert hätten.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de